

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

April 2013

04/2013

Eine neue Diskriminierungskampagne oder nur kein Vertrauen?

Da haben sich die Beamten der Bundesagentur für Arbeit eine neue Schikane einfallen lassen. Ab sofort können die Mitarbeiter der Jobcenter (bei uns besser bekannt als Lüdemann-Amt) jeden erkrankten ALG-II-Empfänger vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) untersuchen lassen. Das bedeutet, dass es dem Fallmanager o.ä. nicht mehr genügt, wenn der Arbeitslose ein ärztliches Attest (Krankschreibung) vorlegt. Wenn er den Verdacht hat, dass der Arbeitslose simuliert oder eine andere »Vermutung« hat, kann er annehmen, dass einerseits der Kranke dem Arzt etwas vorgespielt hat und andererseits dass der Arzt »einfach mal so aus Gefälligkeit« krankschreibt. Aus diesem Grund sollen sogar ärztliche Atteste auf ihre Plausibilität hin überprüft werden.

Das Erwerbslosenforum Deutschland kritisiert auf das schärfste den unsensiblen Umgang mit den kranken Menschen und betont: »Gerade Menschen in Armut sind signifikant häufiger krank«. Nach den neuen Vorschriften können die Mitarbeiter des Jobcenters den Personen, die sich »auffällig häufig«, wiederholt »zu Beginn oder Ende der Woche« oder »auffällig nur für kurze Dauer« krank melden oder aus weiteren Verdachtsgründen den MDK zu einem Hausbesuch dem Betroffenen nach Hause schicken. Stellt dann der MDK-Gutachter fest oder ist der Meinung, dass der Kranke doch nicht krank ist, gibt es Sanktionen vom Jobcenter bis hin zur Kürzung der Leistungen.



Solidarität

1. MAI

**Millionen
sind stärker
als Millionäre**

Kämpfen für eine bessere Welt –
solidarisch, gerecht und friedlich



Neben dem offensichtlichen Misstrauen gegenüber ihren Klienten, was ja den Mitarbeitern der Jobcenter oft unterstellt wird, kommt es mit dieser Maßnahme zu einer massiven Verschwendung von Steuergeldern. Soll doch so ein Hausbesuch des MDK etwa 260 € kosten. Wenn jedoch nur nach Aktenlage entschieden wird, verringern sich die Kosten um rund die Hälfte (Ein niedergelassener Arzt erhält für einen Hausbesuch von der Krankenkasse lt. Internet etwa 30 €).

Und nun soll es für ALG-II-Bezieher noch eine weitere diskriminierende Maßnahme geben. Bei ihnen sollen andere Begutachtungsmaßstäbe als bei »üblichen Kranken« angelegt werden. Der Arzt entscheidet immer, ob der »normale« Arbeitnehmer krank oder gesund ist, also arbeiten kann oder nicht. Anders soll es bei den arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern sein. Sie sollen erst als arbeitsunfähig gelten, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, mindestens 3 Stunden täglich zu arbeiten oder an einer Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen. Somit werden Hartz-IV-Bezieher zu Patienten zweiter Klasse, da der Arzt seine Entscheidung danach treffen muss, ob ein Erwerbstätiger oder ein ALG-II-Bezieher vor ihm sitzt.

Die Ärzte sind über diese Festlegungen sehr verärgert. Der Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg Ralf Herre sagt dazu: »Das ist ein Misstrauensantrag gegenüber der Ärzteschaft«.

Wenn man sich ansieht, wie die Jobcenter mit Steuergeldern bei Widerspruchsklagen umgehen, kann man sich gut vorstellen, dass diese Sanktionen, egal was sie kosten, zum Alltag der Behördenarbeit werden.

Achim Müller

Bei Öko aufs falsche Pferd gesetzt?

Welche Zeiten und Wahljahre auch kommen und gehen: Lebensmittelüberwachung hin und Öko-Siegel her - diese Themen bleiben uns immer erhalten!

Mit einem namhaften und supermarktverbreiteten Hersteller aus unserer Region war die Suppe mit dem Pferd auf dem Flur und in der Dose auch zu uns geschwappt. Beruhigend zumindest, dass der gute Ruf eben dieses Herstellers mit seinen Qualitätskontrollen alle Schranken vor der Auslieferung evtl. zweifelhafter Produkte fallen ließ und damit stoppte.

Obwohl: An sauberem Pferdefleisch ist an sich ja nichts auszusetzen, im Gegenteil. Erschrocken waren wir Verbraucher nur über die nicht-Kennzeichnung eben dieser Zutat.

Erschrocken? Moment mal... Wer in globalisierten Supermarktketten eine Fertig-Lasagne, eine Rinderfleischsuppe oder Fertig-Boulettenpackung für EINEN Euro kauft, sollte in sein rationales Gewissen schauen. Trotz Massenware geht Qualität nicht zu diesem Preis! Mal ganz abgesehen von der ökologisch fragwürdigen 2000 Kilometer-Kutscherei der Zwischenprodukte quer durch Europa.

Beim Pferdefleisch und falschen Öko-Eiern gilt immer noch: Kaufe weniger, aber besser bei regionalen Anbietern. Das

kostet über den Monat dasselbe wie Großpackungen im Supermarkt, verursacht aber weniger abgelaufene Lebensmittel im Kühlschrank und ist für die Gesundheit und den regionalen Markt auf Dauer gesünder - oder um es im modernen Politikdeutsch zu formulieren... nachhaltiger.

Apropos nachhaltig: Unsere Verbraucher- und Schwafelministerin Ilse Aigner hatte und hat natürlich bei solchen Fällen wie Pferdefleischskandal, falschen Öko-Eiern und Schimmel-Tierfutter immer 10-Punkte Pläne in der Schublade. Neben dem Wort Nachhaltigkeit in jedem 3. Satz kann man die Quintessenz ihrer (mittlerweile penetranten) 10-Punkte-Pläne gestrost auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Auf der Stelle treten, mit blumigen Worten pusten und viel Wind erzeugen, dass alle denken, es sei was in Bewegung. Das kommt in Wahljahren immer gut an!

Ich könnte mich noch mehr auslassen, aber es ist Essenzeit. Ich mache mir mal ein paar Bouletten mit Rinderhack von Dülfer, Zwiebeln vom Bauern auf dem Wochenmarkt, Eier aus Dierberg von meiner Bekannten und einem fast geschenkten Vortags-Brötchen von Janke.

Da weiß man, was man hat: Guten Appetit!

toberg

Wir trauern um unseren Genossen

Eckhard Sack

geb. 29.06.1938

verst. 23.03.2013

Lange Jahre war er ein bewusstes, aufrechtes Mitglied unserer Partei, hat sich eingesetzt für sein Land und seine Familie, für eine friedliche Zukunft.

Aus einfachen Verhältnissen stammend, lernte und arbeitete er in der Forst- und Landwirtschaft als Facharbeiter. In den 50er Jahren folgte er einem Jungendaufgebot zur Nationalen Volksarmee, studierte, wurde Berufsoffizier und diente voller Überzeugung seinem Staat, dem er sich immer eng verbunden fühlte. Vor allem die Zusammenarbeit mit den jungen Menschen in der Armee und die Familie füllten sein Leben aus. Mit seiner Frau, mit der ihn immer die gleiche Weltanschauung und die gleichen Lebensansichten verbanden, und den vier Kindern lebte er lange in Eggesin, bis er 1981 neuen Aufgaben in Wittstock folgte.

Die »Wende« veränderte auch sein Leben völlig. Er musste lange Arbeitslosigkeit und ungewohnte Tätigkeiten verkraften. Was ihn aber als Rentner immer charakterisierte, war seine Aktivität, seine Hilfsbereitschaft, sein großes Gemeinschaftsgefühl. Er gab nie auf. Er hat sich nicht nur um seine Familie und die 10 Enkel bemüht, er war äußerst rührig im Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft, im Vorstand des Kleingartenvereins tätig und hat manchen Nachbarn und Freunden beständig geholfen.

Wir werden unseren Genossen Eckhard in guter Erinnerung behalten.

Kreisvorstand DIE LINKE
Ostprignitz-Ruppin

Die Genossinnen und Genossen des
Regionalverbandes Wittstock DIE LINKE

Kommentar

Er hat immer noch recht

*Die herrschenden Ideen
einer Zeit
waren stets nur
die der
herrschenden Klasse.*

xxx

*Die allgemeine Tendenz
der kapitalistischen Produktion ist,
den durchschnittlichen
Lohnstandard nicht zu heben,
sondern zu senken
oder den Wert der Arbeit
bis zu einer Minimalgrenze
zu senken.*

Karl Marx

Am 5. Mai
1818 wurde
einer der
größten Wis-
senschaftler,
Philosoph
und Öko-
nom, Karl
Marx,
geboren.
Wir kennen
ihn - mit
seinem en-
gen Freund
Friedrich
Engels -
als den



Begründer und führenden Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus und Kommunismus. Seine Werke, besonders das »Manifest« (1848) »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« (1859) »Ökonomisch-Philosophische Manuskripte« (1844/1932), »Kritik des Gothaer Programms« (1875), haben Generationen in der DDR in ihrer politischen Bildung begleitet, ebenso sein wichtigstes Werk »Das-Kapital«, (I/1867, II und III/1885 - 1894), welches heute noch Lehrstoff ist an berühmten Universitäten, z.B. in den USA und in England. Am 14.03. war sein 130. Todestag.

Wir ehren ihn am Sonntag, 5. Mai 2013
am Denkmal im Neuruppiner Rosengarten.

Linke Visionen für Brandenburg

Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung, Wirtschaft, Finanzen und Energie, das sind die Eckpfeiler, die DIE LINKE. Brandenburg in einem neuen Leitbild zusammentragen will.

Ziel der Konferenzen sei es, »den Leitbildentwurf zur Zukunft Brandenburgs mit gesellschaftlichen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern und Parteimitgliedern zu diskutieren und so zur Zukunft Brandenburgs ins Gespräch zu kommen«, erklärte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Christian Görke. »Die Regionalkonferenzen sind bei uns schon gute Tradition. Der Dialog mit den Bürgern war und ist uns immer wichtig«, erklärte der Landesvorsitzende Stefan Ludwig. Während der Veranstaltung am 12. März in Neuruppin hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, mit Vertretern der Landesregierung und dem politischen Führungspersonal der LINKEN aus der Landtagsfraktion sowie der Partei ins Gespräch zu kommen. Diese Möglichkeit wurde von vielen der rund 100 anwesenden Genossinnen und Genossen sowie Bürgerinnen und Bürgern rege genutzt und ich möchte schon jetzt einschätzen, dass diese Regionalkonferenz eine der interessantesten und konstruktivsten der letzten Jahre war.

In 3 Themenkreisen wurden auf Grundlage persönlicher Erfahrungen und Erlebnisse vor Ort dem Wirtschaftsminister und den Staatssekretärinnen für Finanzen und Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz viele konkrete Ergänzungen und Änderungswünsche zum Leitbildentwurf 2020plus mit auf den Weg gegeben.

1. Gesprächsrunde-Nachhaltige Haushaltspolitik
 - finanz. Ausstattung der Kommunen, unter Rot/Rot mehr Gelder an Kommunen überwiesen, andere Länder kürzen
 - ab 2013 wird Vorwegabzug schrittweise an die Kommunen zurückgegeben
 - Sozillasten für Kommunen verringern, Bund muss z.B. Hartz IV und Asylbewerber finanzieren
 - sinkende Einnahmen in den nächsten Jahren, das Land wird immer stärker vom Bund abhängig, verstärkt gemeinsame Gesetzes- und Bundesratsinitiativen nutzen
 - demographische Entwicklung-Gebietsstrukturreform, Verteilung der Einwohner sehr unterschiedlich, zuerst die

Verteilung/Ansiedlung der Aufgaben klären-danach die finanzielle Ausstattung

2. Gesprächsrunde-Gesundheit
 - Patientenrechte, wem gehört die Akte?
 - Solidarisches Krankenversicherungssystem-Bürgerversicherung, wichtig



gerade für Selbständige

- Krankenhäuser als Kompetenzzentren; bestimmte Größe/Bezahlung wird benötigt, um Fachkräfte anzulocken
 - ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst wird gebraucht
 - soziale Absicherung von Klein- und Kleinstunternehmen
 - Ausbau z.B. Projekt Schwester Agnes und Patientenbus, Arzt muss zum Patienten kommen
 - Kernbereiche wie Maßregelvollzug wieder in öffentliche Hand
 - bundesweite Anerkennung der Abschlüsse
 - Pflege und Gesundheitspolitik muss als Einheit betrachtet werden
3. Gesprächsrunde-sozial-ökologische Energiewende
 - wir brauchen nicht nur polit. Entscheidungen zur Energiewende, sondern auch einen Finanzierungsplan
 - Schaffung neuer Eigentumsformen, z.B. Bürger- und Kommunalgenossenschaften

- erneuerbare Energien mit Schwerpunkt Netzausbau und Speichermöglichkeiten
- beim Netzausbau müssen die Kosten auf alle umgelegt werden, nicht nur dort, wo der Ausbau erfolgt
- dezentrale Energieversorgung heißt nicht autarke Regionen, trotzdem Ener-

gie vor Ort erzeugen und verbrauchen heißt auch Energie sparen, Transport von der Straße auf die Schiene

- Rekommunalisierung-Geld soll in den Kommunen bleiben, aber keine Kleinstaaterei, sondern große Netze in öffentliche Hand
- Bioenergie darf nicht zu Monokulturen führen
- Fracking wird in Brandenburg abgelehnt
- sozialverträglicher Ausstieg aus der Braunkohle

Wir laden alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, sich in die öffentliche Debatte um unser neues Leitbild einzumischen. Wir möchten einen gleichberechtigten und produktiven Dialog über eine nachhaltige Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen und allen Landesteilen von Brandenburg in Gang setzen. Mit Visionen und Tatkraft können wir Brandenburg zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger verändern!

In Rheinsberg gibt es viel zu tun

Interview mit Freke Over, Vorsitzender der Stadtfraktion Rheinsberg

Wir haben das erste Vierteljahr 2013 hinter uns. Wie bist Du mit dem Anlauf im Bundestagswahljahr zufrieden?

In der Rheinsberger Stadtverordnetenversammlung stellt die Linke 5 von 26 Stadtverordneten. Wir haben 2 Parteilose und leider keine Frau mehr in unserer Fraktion (siehe unten). Die politische Arbeit in der SVV gestaltet sich zur Zeit schwierig, weil sich die SVV viel zu sehr mit sich selber beschäftigt. Rheinsberg hat ja in den letzten Monaten nicht nur von sich reden gemacht, weil wir inzwischen 2 CDU-Fraktionen haben, sondern auch durch viel Streit und widersprüchliche Beschlüsse mit ständig wechselnden Mehrheiten. Das macht eine kontinuierliche Arbeit unmöglich. Auch die zwischenzeitliche Zusammenarbeit mit dem CDU-Bürgermeister und der SPD hat sich unerklärt erledigt. Insofern hätte auch unser Start ins Bundestagswahljahr, wie der der ganzen Partei, besser sein können.

Rheinsberg ist eine Kommune, die nicht nur große Bedeutung für den Kreis hat, sondern auch für eure Bürger. Was habt ihr euch als linke Fraktion für 2013 vorgenommen?

Es verbleibt ja noch ein gutes Jahr bis zu den nächsten Kommunalwahlen. Wir haben uns für die verbleibende Zeit vorgenommen, eine Stadtentwicklungsdebatte zu führen - realistische Ziele anstreben statt Wolkenkuckucksheimen nachzuträumen. Konkret heißt das für uns statt Golfplatz, Therme oder ehemals Rhinseitenkanal, die vorhandenen Potentiale im Tourismus stärken und den demografischen Wandel gestalten, unter anderem durch mehr Altenwohnmöglichkeiten, Pflegeheim und Facharztzentrum in Rheinsberg.

Wie wollt ihr den Bundestagswahlkampf unterstützen?

Kirsten Tackmann ist in der Wahrnehmung der meisten Menschen im Wahlkreis die hiesige Bundestagsabgeordnete. Jetzt geht es darum, dass sie auch den Direktwahlkreis gewinnt. Wir werden mit Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit unsere Beitrag zu einem möglichst guten Ergebnis für Kirsten und DIE LINKE leisten.

Auf der kürzlichen Regionalkonferenz stand das von der LINKEN im Land erarbeitete Leitbild für Brandenburg

im Mittelpunkt - verbunden natürlich mit vielen praktischen täglichen Problemen. Wie kannst Du Dir eine Leitbilddiskussion in Rheinsberg vorstellen?

Der Regionalverband diskutiert den Leitbildentwurf auf seiner März-Sitzung. Ich will der weiteren Debatte nicht vorgreifen, aber der Entwurf ist ja zur Debatte gestellt, um ihn zu qualifizieren und da haben wir doch einiges an Praxiserfahrungen einzubringen.

Kurz berichtet

Neue Abgeordneten-Frau gesucht

Die Genossin Annette Bauer hat inzwischen die Rheinsberger Fraktion der LINKEN aus beruflichen Gründen verlassen. Sie hat eine Arbeit gefunden, die ihr - auch durch Entfernung von Rheinsberg - keine Zeit mehr für die Kommunalpolitik lässt. Sie war bisher auch Vorsitzende des Bildungs- und Sozialausschusses.

In Zusammenhang auch durch die »neuen« zwei Fraktionen der CDU wird die Besetzung der Vorsitzenden der Ausschüsse neu geregelt.

Erhöhung der Kreisumlage abgelehnt

Die letzte Kreistagsitzung am 21. März hat im Nachhinein große Wogen geschlagen. Unser Redaktionsmitglied Achim Müller sprach darüber mit dem Vorsitzenden unserer Fraktion Friedemann Göhler.

Wenn man die Presseberichte liest, spielen ja die Erhöhung der Kreisumlage und die durchgeführten Überprüfung auf eine frühere Tätigkeit für das MfS eine entscheidende Rolle.

Ja, lass uns gleich beim ersten Punkt anfangen. In Vorbereitung dieser Kreistagsitzung hatte der Landrat die Bürgermeister und Amtsdirektoren zu einer Anhörung eingeladen, an der die Fraktionsvorsitzenden teilnahmen. Die Argumente der Bürgermeister / Amtsdirektoren gegen eine Erhöhung auf 48 % trug unser Genos-

se Holger Kippenhahn, Bürgermeister von Heiligengrabe, sehr sachlich und überzeugend vor. Unter dem Eindruck dieser Ausführungen stimmte der Kreisausschuss einem SPD-Antrag zu, in dem gefordert wird, die »Einbringung des Entwurfs der Nachtragshaushaltsatzung ... ohne weitere Aussprache im Kreistag in seiner Sitzung am 21. 3. 2013 zur Abstimmung« zu bringen. Entsprechend des Beschlusses unseres Kreisparteitages hat sich die Mehrheit unserer Fraktion dem Antrag der SPD und der Empfehlung des Kreisausschusses angeschlossen und somit einer Erhöhung der Umlage eine Absage erteilt. Der Ehrlichkeit halber muss ich aber sagen, dass Mitglieder unserer Fraktion sich gegen diesen Antrag ausgesprochen haben, wobei hier Enno Rosenthal sich öffentlich für eine Erhöhung der Kreisumlage

aussprach, was auch in der lokalen Presse Erwähnung fand.

Du sprichst hier Enno Rosenthal an, dieser Name spielte in der lokalen Presse aber auch in Bezug auf eine frühere MfS-Tätigkeit eine zentrale Rolle. Welche Meinung hast Du dazu?

Dazu habe ich mich schon oft eindeutig positioniert. Ich habe große Achtung vor den Genossinnen und Genossen, die haupt- oder nebenamtlich für das MfS gearbeitet und persönlich die Schlussfolgerungen gezogen haben, nicht für ein öffentliches Amt zu kandidieren. Nun hatte der Kreistag vor einiger Zeit beschlossen, all seine Mitglieder, die im entsprechenden Alter sind, erneut von der BStU auf eine eventuelle MfS-Mitarbeit

Erhöhung der Kreisumlage abgelehnt

Fortsetzung von Seite 4

überprüfen zu lassen und den Ältestenrat beauftragt, nach Vorliegen der Ergebnisse dem Kreistag eine Empfehlung zu geben. Diese Beratung des Ältestenrates endete mit einer »Patt-Situation«, so dass dem Kreistag keine Empfehlung gegeben wurde. Wenn Du mich konkret nach Enno fragst kann ich sagen, dass er bereits bei seiner Nominierung durch unsere Mitglieder erklärt hat, dass er IM der Stasi war. Diese Ehrlichkeit wurde belohnt indem er die fasst einmütige Zustimmung zu seiner Kandidatur erhielt. Wenn heute neue Erkenntnisse vorliegen, muss man Enno die Möglichkeit geben selbst »in sich zu gehen« und die richtige Entscheidung zu treffen. Man muss nämlich stets beachten, dass Enno ein von den Bürgern frei gewählter Abgeordneter ist und ihn kein anderer Abgeordneter oder Bürger zwingen kann, sein Mandat nieder zu legen. Im Übrigen konnte ja jeder in der Presse lesen, dass es neben Enno noch über weitere vier Abgeordnete (darunter 2 von unserer Fraktion) Erkenntnisse der BStU gibt, wobei diese Abgeordneten den Kreistag davon überzeugen konnten, »dass da nichts dran ist« oder es sich auf eine Tätigkeit während des Wehrdienstes bzw. eines Dienstes im Wachregiment beschränkte.

Gibt es nach Deiner Meinung die Not-

wendigkeit, Kandidaten vor ihrer Nominierung noch besser zu prüfen?

Ja, die gibt es, aber nicht nur auf die STASI bezogen. Ich bin der Meinung dass wir jeden Kandidaten sowohl auf eine charakterliche Eigenschaften als auch seine fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten noch besser prüfen sollten. Kurz gesagt, wir sollten aufmerksamer werden, da wir Abgeordneten ja auch noch Fachkompetenz in Ausschüsse einbringen müssen. Aber auch hier sollten wir uns nicht vor neuen Wegen verschließen. Es muss nicht immer der gewählte Kreistagsabgeordnete sein, der in den Verwaltungsrat o.ä. einzieht, genauso gut können wir einen kompetenten Bürger als unseren Vertreter benennen.

Seit Monaten fragen wir nach einer Einschätzung zur Arbeit des kommunalen Jobcenter (früher Amt für Arbeitsmarkt oder Lüdemann-Amt) Hat denn der Amtsleiter Dr. Lüdemann endlich einmal vor dem Kreistag Rechenschaft abgelegt?

Ja, das hat er, wobei ich feststellen muss, dass die bunten Bildchen und Tafeln die er an die Wand werfe ließ, schon sehr beeindruckend waren. Insgesamt hat, wie nicht anders zu erwarten, Herr Lüdemann die Arbeit seines Amtes als

sehr positiv dargestellt. So konnte er u.a. vermelden, dass sich die Personenzahl, die Hilfe beziehen von 2007 bis 2012 um 25% reduziert hat, es 2011 durchschnittlich 8.057 Bedarfsgemeinschaften und 2012 nur noch durchschnittlich 7.755 Bedarfsgemeinschaften gab. Auch sagte er, dass nur 19,5% der Fälle die Widerspruchsführer, also die Bedürftigen, die Widersprüche bzw. Klagen erhoben haben, erfolgreich für diese gewesen seien und in 3,6% der Fälle zum Teilerfolg führten. Das sagt zwar nicht viel aus, aber wenn man von der Gesamtzahl von rund 3000 eingegangenen Widersprüchen ausgeht, kann sich jeder selbst ausrechnen, wie viele Bürger es betrifft. Und Du kennst ja meine Meinung. Jeder Hartz-IV Empfänger ist einer zu viel.

Lieber Friedemann, ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir und unserer Fraktion alles Gute für die weitere Arbeit. Aber gestatte mir zum Abschluss noch eine Bitte zu äußern. Versucht als Fraktion ein äußerlich geschlossenes Bild abzugeben, beißt Euch intern zusammen aber tretet zukünftig einheitlich in der Öffentlichkeit auf. Das wünschen sich nämlich viele unserer Mitglieder und Sympathisanten.

Achim Müller

100 Prozent sozial

Unter diesem Motto wird DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf 2013 ziehen. Die Märkische Linke will, beginnend mit dieser Ausgabe, auf einige Schwerpunkte aus dem Entwurf des Wohlprogramms hinweisen.

Gute Arbeit statt niedriger Löhne

Die LINKE fordert:

- Jeder muss von guter Arbeit leben können. Gute Arbeit bedeutet nicht nur gute Löhne, sondern auch menschenfreundliche Arbeitsabläufe und Arbeitszeiten.
- Wir fordern, dass die befristeten Arbeitsverträge zurückgedrängt werden,

kein Lohndumping durch Werkverträge mehr erfolgt, die Minijobs in reguläre, versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu überführen und Leiharbeit zu verbieten.

- Die »Entregulierungen« des Arbeitsmarktes durch die AGENDA 2010 sind zurück zu nehmen.
- Die kollektive Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen ist weiter auszubauen und die von der IG Metall geforderte Anti- Stress- Verordnung ist schnellstmöglich einzuführen.
- Wir fordern weiterhin, die Lebensarbeitszeit wieder auf das Alter von 65 Jahren zu senken und die »Vollzeitarbeitszeit« von bisher 8 Stunden auf 6 Stunden täglich zu reduzieren.

- Soziale Grundrechte garantieren, keine Schikanen und Armut durch Hartz IV, Soziale Sicherheit ist das Fundament für ein menschliches Leben in Würde.

Die LINKE fordert:

- Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass alle am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Die Schwächung der sozialen Sicherungssysteme muss beendet werden, weil ansonsten die strukturellen Probleme der Gesellschaft weiterhin auf den einzelnen Menschen abgewälzt werden und dadurch immer mehr Menschen gezwungen werden, schlechte Arbeit zu schlechten Löhnen anzunehmen.

Fortsetzung Seite 6

Weltgeschichte gab Rosa recht

Freundschaftsgesellschaft wieder mit interessanter Diskussion

Auch anlässlich des Internationalen Frauentages hatte die Alt Ruppiner Gruppe der Internationalen Freundschaftsgesellschaft zu einem Vortrag in die Gaststätte Seebad eingeladen. Genossin Barbara Hinz war es gelungen, den Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Holger Politt zu einem Vortrag über »Rosa Luxemburg - Nationalitätenfrage und Autonomie« zu gewinnen. (Ein Buch gleichen Titels ist von ihm herausgegeben worden.)

Nach vielen interessanten Darlegungen zu den familiären und gesellschaftlichen Wurzeln Rosa Luxemburgs wurde als zentrales Thema ihre Grundansicht zur revolutionären Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, im Unterschied zu

Lenins Theorie des »Herausbrechen des schwächsten Gliedes unter den Ländern«, herausgearbeitet.

Im Gegensatz zu Lenin betonte Rosa Luxemburg die notwendige Entwicklung demokratisch-bürgerlicher Verhältnisse und damit die Voraussetzung bürgerlicher Organisationsformen, Kampferfahrungen der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen - vor allem die Rolle eines organisierten Industrieproletariats und die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie. Die von Lenin geführte Revolution trug also bereits in ihren Anfängen den Keim ihrer Niederlage in sich.

In unserer Veranstaltung entspann

sich eine lebhaftige Diskussion über das gegenwärtige Gesicht der bürgerlichen Demokratie - mit nicht erfüllten Wahlversprechen, Werteverfall, mangelnder Wahlbeteiligung, Unzufriedenheit, die aber angesichts der relativen existenziellen Sicherheit der Bürger nicht zum Aufstand führt.

Die Teilnehmer dankten Genossen Holger Politt für die zum großen Teil neuen Informationen und Schlussfolgerungen und die lebhaftige, interessante Darstellung mit großem Applaus.

*Lisa und Helmut Chucher
Alt Ruppiner*

Buchlesung mit Jan Korte in Kyritz

An einem verschneiten Märzabend, dem 11.03.2013, las Jan Korte, der auf Einladung des Regionalverbandes Kyritz, Wusterhausen, Neustadt ins Kyritzer Mehrgenerationenhaus gekommen war, aus seinem Buch »Geh doch rüber!« Der Titel ist der Gepflogenheit der Linken im Westen geschuldet, dass man früher bei Kritik am System den Tipp hörte: »Geh doch rüber!«. Das Buch erschien im Verlag Neues Deutschland. Jan Korte hat es durch seine Art - zuhören, hingehen und interessiert sein - geschafft in seinem Wahlkreis in Sachsen-Anhalt angekommen und akzeptiert zu sein.

Auf unterhaltsame Art und Weise

wurden wir mit »feinsten Beobachtungen aus Ost und West« bekannt gemacht, die ein Linker, der aus dem Westen in den Osten ging, wahrnahm. Seine Erfahrungen nach fast zwei Legislaturperioden im Bundestag fließen ein. Diese hat er zu kleinen witzigen, amüsanten Geschichten zusammengefasst, die, wie er schreibt, zu hundert Prozent subjektiv sind, ausschließlich durch die eigene Brille betrachtet. So lernten wir etwas zum Hände schütteln, zur Aussprache von Vornamen, welche Gemeinsamkeiten es zwischen Hotelpools auf Mallorca und dem Plenum des Bundestages gibt, zur Sitzungskultur und vieles andere mehr kennen. Es wurde ein



kurzweiliger Abend, der mich animierte das ganze Buch zu lesen.

Petra Buschke

100 Prozent sozial

Fortsetzung von Seite 5

- Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der einen Absturz in Armut und soziale Isolation ausschließt.
- Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen soweit ausreichend sein, dass der vorherige Lebensstandard annähernd sichergestellt wird. Wir brauchen also eine sanktionsfreie Mindestsicherung.
- Die Sperrzeiten für Arbeitslose müssen abgeschafft werden, da sie erworbene

Ansprüche verwerfen, die regulär erarbeitet und erworben worden sind.

- Die Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren beruflicher Qualifikation entsprechen und individuelle ethnische Überzeugungen berücksichtigt werden. Mit einem Satz: Niemand darf gezwungen werden, eine seinen Überzeugungen entgegenstehende Arbeit aufzunehmen.
- Wir fordern weiterhin das die Harzt IV Regelungen schnellstens geändert bzw. den Gegebenheiten angepasst werden.

Bei gleichzeitiger Abschaffung aller Sanktionen ist der Regelsatz auf 500 € sofort anzuheben und die Zwangsumzüge sind zu stoppen. Die Sondersanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren sind sofort abzuschaffen.

- Die LINKE wird ein Konzept vorlegen, in dem eine Mindestsicherung nicht unterhalb der Armutsgrenze (1050 €) gesichert wird.
- Die LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Personal- und/oder Sozialabbau vornimmt.

Bücher in Flammen

Heinrich Heine hatte Recht

Als ich gefragt wurde, »würdest du was zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung schreiben«, habe ich diese Frage gern bejaht. Erst beim Schreiben wurde mir bewusst, dass es schier unmöglich ist, alles zu schreiben, was man auf dem Herzen hat.

Als die Schriftstellerin Elfriede Brüning kurz vor ihrem 100. Geburtstag, im November 2010, bei uns in Potsdam aus ihren Leben erzählte und ihr neuestes Buch vorstellte, gab es eine Situation, da hätte man einen Strohalm fallen hören können. Elfriede Brüning, von der ja der Satz stammt »Man kann mir meinen Staat nehmen, nicht aber meine Überzeugung«, erzählte, was sie erlebte, als sie am 10. Mai 1933 abends auf dem Opernplatz in Berlin war, vom Schreibhals Goebbels, der gespenstischen Atmosphäre und wie sie Schriftstellerkollegen suchte und fand.

Übrigens war auch Erich Kästner auf dem Opernplatz. Es schrieb: »Ich war ... erschienen, um dieser theatralischen Frechheit beizuwohnen. Ich stand vor der Universität, eingekeilt zwischen Studenten in SA-Uniformen, den Blüten der Nation, sah unsere Bücher in die zuckenden Flammen fliegen und hörte die schmalzigen Tiraden des kleinen abgefeymten Lügners.«

Mir fiel an diesem Abend mit Elfriede Brüning wieder ein, dass am 24. Juni 2006 bei einer Sonnenwendfeier in Pretzien (Sachsen-Anhalt) u.a. das Tagebuch der Anne Frank öffentlich und mit direktem Bezug auf die Bücherverbrennung durch die braunen faschistischen Horden zelebriert worden war. Ist es legitim, darüber zu spekulieren, wie das unter den Bedingungen des so genannten verordneten Antifaschismus in der DDR geahndet worden wäre? Wir nehmen nur zur Kenntnis, dass fünf der Täter für die Verhöhnung des Andenkens an Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten, Juden und vielen anderen Antifaschisten und Menschen aller Völker Europas und jeden Alters zu unerheblichen Bewährungsstrafen verurteilt wurden.

Natürlich darf in so einer Betrachtung nicht Heines »Almansor« fehlen. Hieraus stammt ja der berühmte Satz »Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende



Menschen«, den Hassan seinem Herrn Almansor antwortete. Sicher sah Heine hier schon die mehr und mehr um sich greifende Deutschtümelei. Er ahnte die Gefahr, die davon ausging, die dann in den reaktionären Studentenvereinigungen, im preußisch-deutschen Militarismus und im Faschismus real wurde.

Deutschtümelei und deutsche Arroganz und Überheblichkeit sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen, oft genug gepaart mit Fremdenfeindlichkeit und Dummheit. Da ist es bis zu faschistoidem Gedankengut nur noch ein Schritt.

Das gesamtgesellschaftliche Herrschaftsverhältnis des Kapitals braucht so etwas als 5. Kolonne. Heute mehr denn je für den Fall, dass der deutsche Michel was gegen Auslandseinsätze bei Andersartigen haben könnte. Es gilt daran zu arbeiten, immer den Anfängen zu wehren, dem Ungeist keinen Fuß breit Boden zu überlassen. Auch das hat die besten Deutschen immer ausgezeichnet, was uns den Optimismus für die Zukunft bewahren lässt.

Herbert Driebe
(Von der Redaktion etwas gekürzt)

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	2.5.	Horst Krause	in Wittstock	zum	84.
Am	5.5.	Ewald Greisert	in Wittstock	zum	84.
Am	7.5.	Elfriede Seidel	in Wittstock	zum	88.
Am	16.5.	Hans Schaefer	in Neuruppin	zum	64.
Am	18.5.	Irmgard Berger	in Neuruppin	zum	74.
Am	20.5.	Erich Krüger	in Vielitz	zum	73.
Am	25.5.	Fritz Klame	in Kränzlin	zum	84.
Am	29.5.	Sabine Reinbacher	in Alt Ruppın	zum	63.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

An unsere Leser!

- Ich bin am ständigen Bezug der *Märkischen Linken* interessiert.
- Ich bin auch an anderen Informationen (schriftlichen Materialien) über die LINKE interessiert.

Meine Anschrift lautet:

Zutreffendes bitte ankreuzen und einsenden an:
Die LINKE, Kreisgeschäftsstelle 16816 Neuruppin, Schinkelstr. 13, Redaktion *Märkische Linke*, (E-Mail: kv@linkspartei-opr.de oder telefonisch an 03391.655420 oder 03391.2383) oder an die Geschäftsstellen in Kyritz bzw. Wittstock (Anschriften siehe Impressum)

Wenn Sie diese Ausgabe der *Märkischen Linken* gelesen haben, werfen Sie sie nicht weg! Geben Sie sie an Freunde oder Nachbarn weiter!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke Kreisvorstand OPR
Kto.-Nr.: 1632361, BLZ: 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppın e.G.

Ein schöner »Schinkel«

Ein neues altes Buch nicht nur für Touristen

Vor 20 Jahren hatte Verleger Günter Rieger die Forschungsarbeit von Ober-museums-rat Lisa Riedel über »Schinkel und Neuruppin« das erste Mal als kleines Büchlein veröffentlicht. Die Lebensgeschichte des größten Sohnes der Stadt neben Fontane wurde viel gefragt. Nun war, genau 20 Jahre später, der 88. Geburtstag von Lisa Riedel Anlass, eine Neuauflage herauszubringen - mit ihrem Text, erweitert mit zusätzlichen Daten der Schinkelschen Familie, aber vor allem auch mit sehr schönen Fotos über den Baumeister und über Neuruppin. So ist es ein sehr ansehnenswertes Büchlein geworden.

Günter Rieger hat das »Neue« vorgestellt. Bürgermeister Jens-Peter Golde fand für Gratulation und Würdigung der Ehrenbürgerin der Stadt und Trägerin des Fontaneförderpreises herzliche Worte, und auch er betonte ihre Verdienste für das

Kulturleben der Stadt. Schließlich war es Museumsleiter Albrecht, der betonte, dass die fast 30-jährige Sammlungs- und Forschungsarbeit und die Gestaltung des Museums durch Lisa Riedel die eigentliche Grundlage für die heutige Erweiterung dieser bedeutenden Kulturstätte ist. Und er lud sie zur allerersten Führung durchs dann neu gestaltete Museum ein.

Dieter Groß übermittelte Grüße der Landtagsabgeordneten der Linken und von Kulturministerin Dr. Kunst.

Gäste aus Berlin und Potsdam und die zahlreichen Neuruppiner und aus umliegenden Orten zeigten sich von der Veranstaltung im würdigen Alten Gymnasium beeindruckt. Und für Lisa Riedel, der noch viele gratulierten, war es ein Höhepunkt ihres Lebensabends.

ch-

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag, 22.04.13	Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Rathaus A, K.-Liebknecht-Str
Montag, 22.04.13	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Temnitz 18.00 Uhr, Walsleben, Kartoffellagerhaus
Donnerstag, 25.04.13	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen , 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
25.-28.04.13	4. Aktionsfahrradtour: Unterwegs für Menschlichkeit und Frieden, gegen Neofaschismus! Eintreffen am 25.4. gegen 16 Uhr am Denkmal in Wulkow (an der B167), Abfahrt am 26.4., 10.30 Uhr, Schulplatz Neuruppin.
Donnerstag, 25.04.13	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Wittstock 18.00 Uhr, Wittstock, Rathaus, Sitzungssaal
Dienstag, 30.04.13	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Rheinsberg – Lindow , 19.00 Uhr, Rheinsberg, H.-Rau-Schule
Dienstag, 30.04.13	Feier zum 1. Mai 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 02.05.13	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 06.05.13	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin, Bibliothek
Mittwoch, 08.05.13	Kranzniederlegungen zum 8. Mai - Bitte Tagespresse beachten! 10 Uhr Kyritz, 11 Uhr Rheinsberg, Neuruppin und Wittstock
09.-12.05.13	Europacamp des »Ständigen Forums der Europäischen Linken« (SFEL) in der Tschechischen Republik Anmeldung bei Ines Nowack, Tel. 01736167263
Montag, 13.05.13	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 14.05.13	Lesen »Wider das Vergessen« zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung 18.00 Uhr, Kyritz, Marktplatz
Mittwoch, 15.05.13	Lesen »Wider das Vergessen« zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung 18.00 Uhr, Wusterhausen, Marktplatz

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Tel.: 030 / 227 74 309,
Fax: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro, Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**

Tel.: 033971 / 328 57
Fax: 033971 / 328 93
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvert. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und Landesjugendhilfeausschuss.

Tel.: 0331 / 9661526
Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**

Tel.: 03394 / 4997064
Fax: 03394 / 4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo 10.00-13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**

Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391 / 2383

Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 14.00 Uhr
Fr. 10.00 - 13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Friedemann Göhler

Tel.: 03391 / 2383
Funk: 0176 / 20627803

Sprechzeiten: Mo. (2. / 4.) 16.00 - 17.00 Uhr.

DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel: 03391 / 655420
Fax: 03391 / 655422
www.dielinke-opr.de

E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe nebenstehende Termine.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971 / 72086
Fax: 033971 / 32893

E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Mo. - Fr. 09.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394 / 4997066
Fax.: 03394 / 4997065

E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de

Sprechzeiten: Di. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**

Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);

Redaktion: Dr. Lutz Geue, Christa Horstmann,

Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 03.05.2013

Erscheinungsdatum:

Mi., 15.05.2013